

Der soziale Frieden bröckelt

Wilde Schulterklopferei bricht aus. Anlass: Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat einen unteren Eurokurs pro Franken von 1.20 festgelegt. Endlich. Der Schritt kommt spät. Und 1.20 als untere Grenze sind noch zu wenig. 1.40 wären besser, sagen der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die Unia.

Immerhin hat die SNB gehandelt, wo der Bundesrat seit vielen Monaten blamabel versagt. Nicht einmal ein Minipaket zur Stützung der Wirtschaft bringt er durch. Doch beim Gerede über die SNB fällt das Entscheidende aus dem Blick. Was in den letzten sechs Monaten geschehen ist, führt uns den Zustand der Schweiz scharf vor Augen.

Erstens.

Banken, SVP und der mächtige Wirtschaftsverband Economiesuisse haben eine Intervention gegen den übersteuerten Franken monatelang hintertrieben. SVP-Vize Christoph Blocher liess Nationalbank-Chef Philipp Hildebrand öffentlich mit Hass überziehen und lobte noch bis in den August den starken vaterländischen Franken. Die Sache kippte erst vergangenen Sonntag, als Economiesuisse-Präsident Gerold Bührer grünes Licht gab, und auch gleich noch den Kurs von 1.20 nannte. Economiesuisse-SVP-UBS: Das ist die zentrale Achse der Macht in der Schweiz. Der Bundesrat kuscht.

Zweitens

erleben wir, welch hohen Preis wir dafür bezahlen, dass die vom Volk Gewählten die Finanzkonzerne nie in die Schranken gewiesen haben. Der Franken ist nicht stark, weil der Euro schwach ist. Er ist so teuer, weil die Banken die Spekulation um den Franken anheizen. Und weil die Schweizer Banken und ihr Bankgeheimnis Fluchthafen für das internationale Kapital sind. Pro Tag werden in der Schweiz zweimal mehr Devisen gehandelt, als die gesamte exportierende Wirtschaft inklusive Tourismus in einem ganzen Jahr bewegt.

Drittens

haben viele Unternehmen und die Wirtschaftsdachverbände deutlich gemacht, wie wenig sie vom sozialen Frieden halten: Sie nützen die Frankenkrise dazu, einen Angriff auf Löhne und Arbeitsbedingungen zu starten. Denn Löhne gesenkt, Eurolöhne eingeführt und Arbeitszeiten erhöht haben auch Unternehmen, die hohe Profite einfahren. Das haben Verbände wie Swissmem, Sozialpartnerin der Gewerkschaft Unia, nicht entschieden unterbunden. Arbeitgebervertreter traten sogar für generelle Arbeitszeiterhöhungen ein. Das ist ein durchsichtiges Manöver. Sie wollen Druck auf die Lohnverhandlungen im Herbst machen.

Wahr ist:

Unterm Strich verdienen die Schweizer Unternehmen rekordverdächtig viel Geld. Lohnerhöhungen sind da nicht nur gerecht - sie sind wirtschaftlich auch das beste Mittel gegen jede Form von Krise.

Etliche Unternehmen der Exportindustrie, des Tourismus und anderer Branchen sind durch den noch immer hohen Franken in ihrer Existenz bedroht. Doch die Krise sollen allein die Arbeitenden bezahlen. Die Banken knöpfen gerade diesen Unternehmen Zinsen von bis zu 10 Prozent ab. Je schlechter es dem Unternehmen geht, desto mehr verdient die Bank. Und auch die Aktionäre wollen nicht verzichten. Der soziale Frieden bröckelt.

Oliver Fahrni.

Work. Freitag, 2011-09-09.

Work >Arbeitsfriede. 2011-09-09.doc.